



Stadt Backnang Sitzungsvorlage

N r . 078/06 GR

Federführendes Amt	Rechts- und Ordnungsamt		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	29.06.2006	öffentlich

Analyse der örtlichen Sicherheitslage

Beschlussvorschlag:

Die Analyse der örtlichen Sicherheitslage und die Präventionsmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Haushaltsrechtliche Deckung	HHSt.:					
Haushaltsansatz:		EUR		EUR		
Haushaltsrest:		EUR		EUR		
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR		EUR		
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR		EUR		
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR		EUR		
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR		EUR		
Amtsleiter:	Sichtvermerke:					
13.06.06	I	II	10	20	60	61
Datum/Unterschrift Blumer	Kurzzeichen Datum					

Begründung:

Die Kommunale Kriminalprävention (KKP) ist ein entscheidender Baustein für die Sicherheit. Ziel der KKP ist es, die Aktivitäten der Bürgerinnen und der Bürger sowie der Behörden und Institutionen in einem Netzwerk zu bündeln. Die im Jahr 1998 von der Stadt Backnang gegründeten Arbeitskreise haben sich an den Aufgabenschwerpunkten orientiert und weiterentwickelt. In den Arbeitskreisen „Sichere Stadt“ und „Sicheres Wohnen“ werden systematisch die aus polizeilicher Sicht bestehenden Handlungsschwerpunkte mit den sicherheitsrelevanten Themen aus kommunaler Sicht ergänzt und abgeglichen. Von Seiten der Stadt Backnang können insbesondere Erkenntnisse über Ordnungsstörungen und andere sicherheits- und ordnungsrelevante Problemlagen eingebracht werden. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Analyse der Sicherheitslage (siehe Anlage). In der Folge werden gemeinsame Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte umgesetzt. Der zeitnahe Informationsaustausch ist daher wichtig, um die erforderlichen Maßnahmen auch in städtebaulicher Hinsicht umzusetzen.

Die Lebensqualität der Menschen wird wesentlich von ihrem Sicherheitsempfinden bestimmt. Mangelt es hieran, werden in der Folge bestimmte Orte oder der öffentliche Raum gemieden. Die Stadt Backnang hat daher im Jahr 1999 eine Bürgerbefragung durchgeführt. Das positive Ergebnis wurde in den Folgejahren zum Anlass genommen, die gewonnenen Erkenntnisse in entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Nach erfolgreicher Einführung der gemeinsamen Doppelstreifen von städtischem Vollzugsdienst und Polizeirevier Backnang im Jahr 2000 wurden im Frühjahr 2003 die abendlichen Streifen des städtischen Vollzugsdienstes erweitert.

Die in früheren Vorlagen bereits ausführlich dargelegten Strategien zur Verbesserung der Sauberkeit der Stadt, einschließlich der im Jahr 2002 begonnenen Plakatkampagne zusammen mit der Ahndung der alltäglichen Müllsünden durch den städtischen Vollzugsdienst zeigten Wirkung.

Im Frühjahr 2005 wurde von der Stadt Backnang die Aktion „Gute Fee“ gestartet. Es geht um die kleinen Gesten für die Sorgen der Kinder, auch um die Aufmerksamkeit und spontane Hilfe in Situationen, denen Kinder nicht gewachsen sind. Der Großteil der Ladengeschäftsinhaber in der Stadt Backnang beteiligt sich bis heute mit Engagement an diesem Projekt. Das Logo der Aktion „Gute Fee“ auf den Eingangstüren der Geschäfte, Institutionen u.ä. dient dabei als Erkennungsmerkmal. Dort wo die Kinder das Logo sehen, können sie auf Hilfe vertrauen.

Ein weiteres Beispiel der vernetzten Zusammenarbeit stellt die Aktion gegen Ladendiebstahl dar, die die Stadt Backnang in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Waiblingen und dem Gewerbeverein Backnang e.V. im Jahr 2004 neu aufgelegt hat. Die Fallzahlen belegen nach wie vor die Notwendigkeit dieser Aktion. Auch die Einzelhändler in der Stadt Backnang müssen bei den Inventuren spürbare Differenzen feststellen, die auf Ladendiebstahl zurückzuführen sind.

Einiges Gewicht nehmen die abgestimmten Maßnahmen gegen häusliche Gewalt ein. Gewalt im sozialen Nahraum, in Familien, Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften sind ein Phänomen, von dem ganz überwiegend Frauen und Kinder betroffen sind. Da häusliche Gewalt häufig nachts und am Wochenende verübt wird, ist es oftmals der Polizeivollzugsdienst, der den Platzverweis in eigener Zuständigkeit anordnet, sofern ein sofortiges Einschreiten erforderlich ist.

Über die Fortführung des Platzverweises entscheidet in jedem Falle die Ortpolizeibehörde, die den Platzverweis nach eigener Prüfung entweder aufhebt oder eine schriftliche Verfügung erlässt, soweit erforderlich mit ergänzenden Anordnungen. Die Anzahl der Fälle häuslicher Gewalt in der Stadt Backnang zeigt, dass Informations- und Handlungsbedarf gegeben ist. Im Jahr 2004 waren

22 Fälle anhängig, in denen insgesamt fünf Platzverweise verhängt wurden. Im Jahr 2005 waren 41 Fälle anhängig, wobei sieben Platzverweise ausgesprochen wurden. Hierbei ist die Opferberatung entscheidend für die weitere Prävention. Die Stadt Backnang hat daher für die Caritas-Opferberatung 3.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Die Beratung, die bislang als Modellversuch lief, ist nunmehr für den Zeitraum bis 2008 gesichert.

Als nächstes Projekt beabsichtigen das Polizeirevier Backnang und die Stadt Backnang eine Informationsbroschüre für Opfer herauszugeben, die in Arztpraxen ausgelegt werden soll.

Darüber hinaus schultert das Amt für Familie, Jugend und Soziales z.B. mit der Sozialraum orientierten Jugendarbeit, dem „Treffpunkt ... das Haus der Jugend“, der Schulsozialarbeit sowie der finanziellen Trägerschaft der mobilen Jugendarbeit einen großen Baustein der Prävention. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die beispielhafte Arbeit des Vereins Kinder und Jugendhilfe in Backnang hervorzuheben.

Zum 01. Januar 2005 ist die gemeinsame Rahmenvereinbarung des Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem Städte-, Landreis- und Gemeindetag zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Durchführung gemeinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage und zur Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention durch die unteren Verwaltungsbehörden in Kraft getreten. Die Lenkung und Steuerung der KKP ist demnach auf die Kreisebene verlagert worden. Die Stadtverwaltung und die Polizei halten es jedoch nach wie vor für unverzichtbar, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die seitherige Arbeit fortzuführen.